

GASTKOLUMNE

Die Bauwirtschaft braucht kein Impulsprogramm

Benedikt Koch, Geschäftsführer Fachverband Infra

Die globale Finanzkrise trifft neben dem Finanzplatz Schweiz früher oder später die ganze Volkswirtschaft. Bei der Frage, wie die Auswirkungen der Finanzkrise minimiert oder die drohende Rezession verhindert werden kann, gehen die Meinungen auseinander. Was sollen wir tun? Wagen wir einen Blick in die Geschichte: Der britische Ökonom, Politiker und Mathe-

matiker John Maynard Keynes (1883 bis 1946) plädierte 1936 dafür, dass der Staat in wirtschaftlich schlechten Zeiten viel Geld ausgeben solle, um den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten. In guten Zeiten solle der Staat dann aber sparen und die aufgelaufenen Schulden tilgen. Seine Theorie ist ohne weiteres nachvollziehbar. Doch die Praxis sieht anders aus.

Staatliche Impulsprogramme, so hat die Erfahrung gezeigt, wirken weit weniger stark als erwartet, viel zu spät und oft auch noch am falschen Ort. Was jedoch meistens zurückbleibt, ist eine höhere Staatsverschuldung. Diese muss dann in guten Zeiten über Sparprogramme und Budgetkürzungen wieder



abgebaut werden. Eine stabile und verlässliche Finanzpolitik, die eine konstante Investitionstätigkeit erlaubt, ist aber gerade für die Erstellung und den Unterhalt von Infrastrukturbauten besonders wichtig. Denn ein Auf und Ab bei den staatlichen Bauinvestitionen verhindert eine optimale Projektplanung und führt zu volkswirtschaftlich schädlichen Kapazitätsschwän-

kungen in den Bauunternehmungen.

Die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) hat an ihrer Pressekonferenz von Anfang Oktober aufgezeigt, dass die Kantone unzählige Projekte nicht realisieren können, weil der Bund die in Aussicht gestellten Beiträge nicht fristgerecht leisten kann oder nicht leisten will. Da die versprochenen Gelder aus dem Infrastrukturfonds erst mit grosser Verspätung fliessen, hat der Kanton Zürich vor Kurzem entschieden, dem Bund und den SBB für die verkehrstechnisch äusserst wichtige Durchmesserlinie 455 Millionen Franken vorzuschüssen. Die Zinskosten, welche der Kanton Zürich notabene selbst zu tragen hat,

belaufen sich auf 65 Millionen Franken. Finanzielle Mittel, welche dem Kanton Zürich in den nächsten Jahren für weitere dringende Investitionsvorhaben nicht zur Verfügung stehen werden. Ebenso angespannt ist die Situation beim Hochwasserschutz. Auch hier müssen die Kantone, wollen sie ihre Bevölkerung und die Infrastrukturen nicht erst in 20 Jahren, sondern möglichst bald vor Unwetterschäden schützen, die Bauprojekte vorfinanzieren (und die entsprechenden Zinskosten in Kauf nehmen).

Für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz ist von grösster Bedeutung, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt und die Mittel für die dringenden und baureifen Verkehrsinfrastrukturprojekte sowie den Hochwasserschutz bereitstellt. Tut der Bund seine Pflicht, ist die Schweizer Bauwirtschaft auch nicht auf ein Impulsprogramm angewiesen. Und schon gar nicht auf eines, das kaum, zu spät und am falschen Ort wirkt.

Fachverband
infra